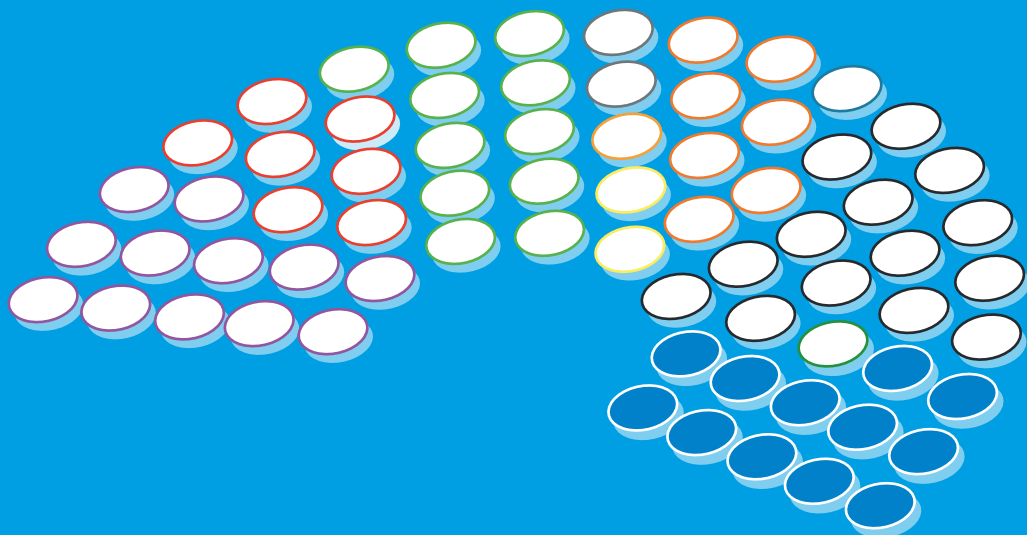


# BLAUE RATHAUSPOST

---



**Unser Blick  
auf die Stadtpolitik**



## Liebe Leipziger,

die letzte Kommunalwahl ist mittlerweile etwas mehr als ein Jahr her. Am 9. Juni 2024 bescherten Sie uns ein starkes Ergebnis von stadtweit 17,0 Prozent bzw. 155.506 Stimmen und schickten somit 12 Stadträte der AfD in die VIII. Wahlperiode (2024-2029) der Leipziger Ratsversammlung. Es ist an der Zeit eine erste Bilanz zu ziehen!

Als nunmehr zweitstärkste Fraktion sind wir ein ernstzunehmendes Gewicht in der Stadtpolitik! Anders als in den vorangegangenen beiden Wahlperioden gelingt es uns nun öfter, Stadtpolitik aktiv mitzugestalten und die eine oder andere kommunalpolitische Entscheidung im Sinne vieler Leipziger zu beeinflussen.

Doch, welche Veränderungen haben sich rückblickend auf das erste Jahr nach der Kommunalwahl 2024 tatsächlich eingestellt? Recht schnell fällt auf, dass eine klassische rot-rot-grüne Mehrheit, wie wir sie aus der Vergangenheit kannten, so nicht mehr existiert. Dafür setzt sich nun des Öfteren themenbezogen eine Mehrheit aus CDU, AfD, BSW und fraktionslosen Stadträten durch. Beispielhaft hierfür stehen der Ratsbeschluss zum Erhalt der Zweispurigkeit der Prager Straße oder aber die Ablehnung der Einführung eines 180.000 Euro teuren CO<sub>2</sub>-Rechners für Kultureigenbetriebe!

Denkbar knapp scheiterten dagegen vorerst noch unsere eigenen Anträge. So wurde die Einführung der sogenannten Brötchentaste, welche kostenfreies Kurzzeitparken ermöglichen soll, knapp abgelehnt. Ebenfalls knapp scheiterte ein Antrag, welcher die Aufhebung des ideologisch aufgeladenen „Klimanotstandes“ zum Ziel hatte. Dies zeigt, dass die Ideen und Ziele der AfD-Fraktion Leipzig vermehrt auch Anklang innerhalb anderer Fraktionen finden.

Aber auch die Stadtverwaltung übernimmt klammheimlich hier und da Initiativen unserer Fraktion, obwohl diese im Vorfeld abgelehnt worden waren! Jüngst wurde beispielsweise Leipzigs Stadtordnungsdienst mit Schlagstöcken, Reizstoffsprüngeräten und Handfesseln zur besseren Gefahrenabwehr ausgestattet – eine alte Forderung der AfD-Fraktion Leipzig. GutsPark Zweinaundorf und Mölkauer Wäldchen werden mittel-/langfristig auf Grundlage eines erst kürzlich fertiggestellten Entwicklungskonzeptes aufgewertet, obwohl im Vorfeld ein entsprechender AfD-Antrag von der Ratsversammlung abgelehnt worden war. Dies bestärkt uns, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen! Wir hoffen, dass sich sowohl in Stadtpolitik als auch Stadtverwaltung die Vernunft dauerhaft durchsetzen wird!

# Weitere Dauerzählstellen für Radverkehr

Die Stadt Leipzig plant das Netz ihrer Dauerzählstellen für den Radverkehr massiv auszuweiten, um mögliche Veränderungen im Mobilitätsverhalten der Stadtgesellschaft analysieren zu können.

Zwölf neue Zählstellen sollen über das gesamte Leipziger Stadtgebiet verteilt entstehen, darunter acht noch in diesem Jahr, weitere vier im Jahr 2026.

Die Aufstellung der Zählstellen wird durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr im Rahmen der Richtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ gefördert. Dennoch muss die Stadt Leipzig ca. 40 Prozent der Gesamtkosten von 195.000 Euro tragen!

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Stadt Leipzig in einer eklatanten finanziellen Schieflage befindet, müssen wir uns schon nach der Notwendigkeit dieser Maßnahme

fragen. Hätte man im Zweifel nicht auch eine temporäre Radverkehrszählung beauftragen können, welche deutlich weniger Kosten verursacht hätte?

Klar ist, dass die nun verschwendeten Steuergelder sicherlich hätten sinnvoller investiert werden können – beispielsweise in die Sanierung von Geh- und Radwegen!



## Gohliser Wackerbad ade!

Seit dem 19. März 2025 ist Leipzig nun endgültig um ein Freibad ärmer geworden! An diesem Tag beschloss die Mehrheit des Stadtrates nach 100 Jahren das „Aus“ für das Gohliser Wackerbad. Seit 1925 konnten sich viele Leipziger an heißen Sommertagen am kühlen Nass des Wackerbades erfreuen – bis 2016! In dem Jahr schloss das Traditionsbad aufgrund eines massiven Sanierungsstaues sein Tor. Ein jahrelanger Rechtsstreit folgte und führte dazu, dass der Bad-Pächter seinen Pachtstatus verlor.

In der Folge sollte mit Ratsbeschluss vom 08.03.2023 das Wackerbad an die Sportbäder Leipzig GmbH übertragen werden, um das Bad zu retten. Da mittlerweile nun wieder

zwei Jahre vergangen sind, stiegen die geschätzten Sanierungskosten auf 5 Millionen Euro an. Die AfD-Fraktion meinte, dass sich diese Investition lohnen würde und sprach sich deutlich, als einzige Fraktion, für den Erhalt des Wackerbades aus. Denn gerade in den Sommermonaten schätzten Familien diesen Gohliser Standort und vermieden somit längere Wege nach Lindenthal oder gar an die Schladitzer Bucht.

Leider hat unser Einsatz nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Nun heißt es „Wackerbad ade“! Nach Rückbau soll eine Skateranlage entstehen – bestimmt nicht zur Freude aller Kleingärtner des angrenzenden Gartenvereins „Seilbahn“.

# Klimahysterie beenden!



Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an klimatischen Veränderungen ist wissenschaftlich ungeklärt. Dennoch wird der angeblich wissenschaftliche Konsens zum „menschengemachten Klimawandel“ als „Vehikel“ für Parteipolitik und zur Ablenkung von Fehlentwicklungen eingesetzt. Als Beweis dafür kann die Ausrufung des sogenannten Klimanotstandes in Leipzig durch die damalige linke Stadtratsmehrheit im Jahr 2019 angeführt werden. Obwohl rund 2000 Fachexperten, darunter Nobelpreisträger, der ideologiegetriebenen „Klimakrise“ eine Absage erteilten (World Climate Declaration) und dies folgendermaßen begründeten:

„Geologische Untersuchungen belegen, dass sich das Klima stets gewandelt hat, geprägt durch ein natürliches Wechselspiel zwischen Kalt- und Warmphasen.

Klimamodelle haben noch zu viele Schwächen und eignen sich daher nicht als politische Planungsgrundlage. Die Erwärmungswirkung des  $\text{CO}_2$  wird in den Modellen signifikant zu hoch angesetzt. Für das Wachstum von Pflanzen bringt eine höhere  $\text{CO}_2$ -Konzentration in der Atmosphäre so-

gar Vorteile. Bislang konnte keine Zunahme von Hurrikannen, Überflutungen, Dürren und anderer Extremwetterarten festgestellt werden, welche der menschengemachten Klimaerwärmung zuzuschreiben sind. Hingegen haben einige Klimaschutzmaßnahmen bereits starke ökologische Schäden angerichtet und hohe Kosten bei geringem Nutzen verursacht.“

Die AfD-Fraktion Leipzig unterstützt die World Climate Declaration in Gänze. Es gibt keinen Klimanotstand! Der Versuch, das Klima in Leipzig steuern zu wollen, gefährdet nicht nur die Planungssicherheit für Industrie und Handel, sondern lenkt auch finanzielle Mittel um, die zur Stärkung des lokalen Umwelt-/Naturschutzes dringend benötigt werden!

Aus diesem Grund haben wir im April 2025 die Aufhebung des ausgerufenen „Klimanotstandes“ in Leipzig beantragt. Mit 33 Ja-Stimmen und 35 Nein-Stimmen verfehlte unser Antrag die nötige Mehrheit denkbar knapp! Nichtsdestotrotz gilt: Ideologische Mehrausgaben für einen imaginären „Klimanotstand“, die keine Pflichtaufgaben darstellen, sind unverzüglich zu streichen! Die frei werdenden Mittel sind für den lokalen Umweltschutz zu verwenden.



## Beitragserhöhung für Kinderbetreuung vom Tisch!

Leipzigs Stadtspitze wollte in der April-Ratsversammlung eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in kommunalen Krippen, Kindergärten und Horten um bis zu 15 Prozent durchsetzen, kassierte aber dank der ablehnenden Haltung der AfD-Fraktion Leipzig eine Niederlage.

Die geplante Beitragserhöhung kommt nicht! Die Leipziger Familien als Leistungsträger unserer Stadt werden bereits jetzt finanziell erheblich belastet. Für einen Krippenplatz mit einer täglichen Betreuungszeit von neun Stunden zahlt eine Leipziger Familie ca. 210 Euro, für einen Kita-Platz mit gleicher Betreuungszeit 130 Euro, und für eine sechsstündige Hortbetreuung müssen knapp 75 Euro entrichtet werden. Im Ver-

gleich mit anderen sächsischen Kommunen liegt Leipzig damit im Mittelfeld.

Selbstverständlich sind wir uns der angespannten Haushaltssituation der Stadt Leipzig bewusst, verweisen aber ganz klar darauf, dass diese von den verantwortlichen Entscheidungsträgern in der Stadtverwaltung und der früheren rot-rot-grünen Ratsmehrheit zu verantworten ist! Haushaltslöcher durch eine Erhöhung der Elternbeiträge stopfen zu wollen, ist definitiv der falsche Weg!

Wir sagen klar und deutlich: Die Entscheidung, Kinder zu bekommen, ist eine Herzenssache und darf keine finanzielle Abwägung sein.

# Identitätsloses Freiheits- und Einheitsdenkmal nach Berliner Vorbild

Leipzigs Stadtgesellschaft bekommt nun doch ein Freiheits- und Einheitsdenkmal übergestülpt, welches dem einmaligen historischen Ereignis vom 9. Oktober 1989 in keiner Weise gerecht wird! Aber so hat es die Mehrheit der Stadträte – gegen unsere Stimmen – am 16. April 2025 beschlossen.

Die AfD-Fraktion Leipzig hätte sich zuvorst gewünscht, dass die Bürgerschaft darüber abstimmt, ob Leipzig überhaupt ein sogenanntes Freiheits- und Einheitsdenkmal braucht! Doch der Stadtrat hat sich leider mehrfach gegen einen Bürgerentscheid entschieden.

Nun bekommt unsere Heimatstadt Leipzig, parallel zur befremdlichen Berliner „Einheitswippe“, einen „Wäschetrockenplatz“,

einen „Raum für Eintragungen“, oder einen „Platz der Kapitulation“ – so die ersten Deutungen aus der Bürgerschaft. In einem veröffentlichten Offenen Brief hat es PRO LEIPZIG e. V. auf den Punkt gebracht.

Zitat: „Das ´Fünf-Millionen-Geschenk´ von Bund und Freistaat dürfte in dieser Gestalt weder eine lokale Bereicherung darstellen noch den erhofften Status nationaler, gar internationaler Bedeutung erlangen – es ist verzichtbar.“

Wir meinen: Dem ist nichts hinzuzufügen! Ein Glück, dass wir für das Gedenken an die Friedliche Revolution den authentischen Ort des Nikolaikirchhofes mit Nikolaikirche, Palmensäule, Brunnen und eigentlich leuchtenden Pflastersteinen haben!



# Arbeitspflicht für Asylbewerber in Leipzig

Die AfD-Fraktion Leipzig beantragte im Frühjahr 2025 kommunale Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber zu schaffen, um sie zu gemeinnütziger Arbeit vor Ort verpflichten zu können.

Grundlage bildet der § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Dieser erlaubt es Kommunen, den ihnen zugewiesenen Asylbewerbern Arbeitsgelegenheiten anzubieten, sofern das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient. Die zu leistende Arbeit wird mit einer Aufwandsentschädigung in Höhe von 80 Cent je Stunde vergütet, soweit der Leistungsberechtigte nicht im Einzelfall höhere notwendige Aufwendungen nachweist, die ihm durch die Wahrnehmung der Arbeitsgelegenheit entstehen. Wird eine angebotene Arbeitsgelegenheit durch einen arbeitsfähigen, nicht erwerbstätigen Asylbewerber unbegründet abgelehnt, so kann dies gegebenenfalls mit einer Leistungskürzung sanktioniert werden.

Wir begrüßen grundsätzlich diese gesetzliche Möglichkeit und sehen darin eine Chance, ausländischen Schutzsuchenden eine geordnete Tagesstruktur zu ermöglichen. Möglicherweise gibt es den Asylbewerbern auch ein gutes Gefühl, auf diesem Wege der gastgebenden Gesellschaft etwas zurückgeben zu können.

Einige Landkreise in Mitteldeutschland arbeiten aktuell an einem Konzept zur Umsetzung der Arbeitspflicht für Asylbewerber und bereiten kommunale Arbeitsgelegenheiten vor. Aus dem Freistaat Thüringen können bereits erste Erfahrungen berichtet werden.

Die Verwaltung des Landkreises Greiz berichtet: „Sowohl von den Trägern als auch von den Asylbewerbern wurde die Arbeitspflicht positiv angenommen. Inzwischen melden sich sogar Asylbewerber freiwillig für Arbeitsgelegenheiten, obwohl sie nicht arbeiten müssten. Die Arbeitsgelegenheiten unterstützen den Integrationsgedanken der Asylbewerber.“

Auch im Saale-Orla-Kreis wird die Arbeitspflicht für Asylbewerber insgesamt positiv bewertet. Stand 31.12.2024 leisteten 47 Personen 750 Stunden gemeinnützige Arbeit. In der Vergangenheit wurden 102 Personen zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet.

Im Unstrut-Hainich-Kreis zieht man ein gemischtes Resümee: „Bislang wurden sowohl positive wie negative Erfahrungen gesammelt. Die überwiegende Zahl der Asylbewerber nimmt die Zuweisung an und unterstützt die Bauhöfe in den kreisangehörigen Gemeinden. Allerdings gibt es ebenfalls viele Asylbewerber, welche die zugewiesene Arbeitsgelegenheit nicht antreten. Hierbei werden konsequent die Asylbewerberleistungen im Rahmen der Möglichkeiten gekürzt.“

Leipzig sollte die Arbeitspflicht für Asylbewerber ebenfalls endlich durchsetzen! Der Kommunale Eigenbetrieb Engelsdorf und der Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig könnten geeignete Partner sein und beispielsweise Arbeitsgelegenheiten im Bereich der Grünflächenpflege und der Stadtsauberkeit anbieten. Leider scheiterte unser Antrag vorerst an Linken, Grünen, SPD und auch BSW.

# Steuergeldverschwendung auf der Riesaer Straße!



„Grüner, kühler, sicherer: Stadt entsiegelt Radweg in Riesaer Straße“ – unter dieser Überschrift rühmt sich Leipzigs Stadtspitze auf ihrer Webseite einen vermeintlichen Beitrag für den lokalen Klima- und Umweltschutz geleistet zu haben!

Worum geht es konkret? Im April dieses Jahres wurde der bis 2023 bestehende, seinerzeit von der Kfz-Fahrbahn getrennte Radweg auf der Riesaer Straße (zwischen Elisabeth-Schumacher-Straße und Ostheimstraße) in eine Staudenrabatte verwandelt. Fahrradbügel und eine Sitzbank mit Papierkorb sind im Zuge der Baumaßnahme vor dem Friedhof Sellerhausen ebenfalls aufgestellt worden. Nach Aussagen des Mobilitäts- und Tiefbauamtes sei der alte Radweg zu schmal und uneben gewesen, wurde deshalb auf die Kfz-Fahrbahn verlegt und nun für die Umsetzung eines Pilotprojektes genutzt.

Gesamtkosten der Maßnahme: 160.000 Euro! Vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Leipzig in einer angespannten finanziellen Lage befindet, ist die Notwendigkeit dieser Maßnahme mehr als fraglich. Wesentlich sinnvoller wäre es gewesen, die 160.000 Euro – entgegen der städtischen Verwaltungsmeinung – in die Verbreiterung des bestehenden Radweges auf der Riesaer Straße zu investieren oder Geh- und Radwege an andere Stelle herzurichten! Stattdessen werden wichtige Investitionen in die Planung und Entwicklung eines zukunftsfähigen Stadtverkehrs einfach gestrichen (bspw. die Verkehrsuntersuchung zur verkehrlichen Wirksamkeit der äußeren Tangentialverbindung Südost).

Die AfD-Fraktion Leipzig wird auch zukünftig Steuergeldverschwendung aufdecken und ihr eine klare Absage erteilen!

## Impressum:

### AfD-Fraktion Leipzig

Neues Rathaus · Martin-Luther-Ring 4-6

04109 Leipzig · Zimmer 178

Telefon: 0341 1232189

afd-fraktion@leipzig.de

[www.afdfraktion-leipzig.de](http://www.afdfraktion-leipzig.de)

[facebook.com/afdfraktionleipzig](https://facebook.com/afdfraktionleipzig)

[instagram.com/afd.fraktion.leipzig](https://instagram.com/afd.fraktion.leipzig)

## V.i.S.d.P.:

Tobias Keller, Fraktionsvorsitzender

**Bildnachweise:** S.2: ThomasWolter/pixabay.com, S.3: Symbolbild, erstellt mit Sora; S.4: erstellt mit Sora; S.5: Mediaparts/stock.adobe.com; S.6: Atelier Loidl/Meyer, Grzesiak, ZILA/rendercircle; S.8: AfD-Fraktion Leipzig

Ausgabe 03/2025